

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
kein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

**Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.**

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein **Gebührenvorschuss** zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg